Stand: 14.07.2025 01:51:59

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/18483

"Subsidiarität Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die von den Mitgliedstaaten einzurichtenden Mechanismen zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung und zur Aufhebung der Richtlinie (EU) 2015/849 COM(2021) 423 final BR-Drs. 740/21"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/18483 vom 20.10.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/18547 des BU vom 26.10.2021
3. Beschluss des Plenums 18/18653 vom 27.10.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 95 vom 27.10.2021

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 20.10.2021 **Drucksache** 18/**18483**

Antrag

der Abgeordneten **Dr. Franz Rieger, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber CSU**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die von den Mitgliedstaaten einzurichtenden Mechanismen zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung und zur Aufhebung der Richtlinie (EU) 2015/849
COM(2021) 423 final
BR-Drs. 740/21

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die von den Mitgliedstaaten einzurichtenden Mechanismen zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung und zur Aufhebung der Richtlinie (EU) 2015/849, COM(2021) 423 final, BR-Drs. 740/21, Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrates auf die Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden.

Im Einzelnen:

Zwar erfordert die effiziente Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung grundsätzlich einen EU-weiten Ansatz sowie effektive Maßnahmen, gegen den Vorschlag der Kommission bestehen jedoch erhebliche Bedenken:

Soweit die vorgeschlagene Richtlinie vorsieht, dass geldwäschespezifische staatliche Aufsichtsbehörden über Selbstverwaltungseinrichtungen/Kammern eingerichtet werden müssen, verletzt dies die Kompetenzen der Mitgliedstaaten. Es obliegt den Mitgliedstaaten, die effektive Aufsicht über die Selbstverwaltungseinrichtung/Kammern zu regeln. Bereichsspezifische Sonderregelungen für das Geldwäscherecht sind nicht systemkonform und nicht erforderlich.

In Deutschland sind die Kammern (z. B. die Rechtsanwalts- und Steuerberaterkammern) als Selbstverwaltungseinrichtung mit der geldwäscherechtlichen Aufsicht über ihre Mitglieder betraut. Die Kammern wiederum unterliegen in Deutschland bereits der umfassenden Rechtsaufsicht des Staates. Eine bereichsspezifische Überlagerung die-

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

ser Staatsaufsicht durch weitere, gesonderte EU-Vorgaben greift in die Organisationshoheit der Mitgliedstaaten ein und ist nicht gerechtfertigt. Zumal sich die geldwäscherechtliche Aufsicht in Deutschland – entgegen den Annahmen des Richtlinienentwurfs – als engmaschig und wirkungsvoll erweist.

Auf diese Thematik hat der Bayerische Landtag bereits am 21. Oktober 2020 in seiner Stellungnahme zur Mitteilung der Kommission zu einem Aktionsplan für eine umfassende Politik der Union zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, COM (2020) 2800 final, BR-Drs. 325/20, hingewiesen (LT-Drs. 18/10801).

Soweit die vorgeschlagene Richtlinie darüber hinaus eine erweiterte Zugangsberechtigung der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (FIU) auf Steuerdaten einfordert, verletzt sie ebenfalls die Organisationshoheit der Mitgliedstaaten und ist mit dem Grundrechtsschutz des deutschen Grundgesetzes sowie des Art. 8 der EU-Grundrechtecharta nicht vereinbar.

Es obliegt zum einen den Mitgliedstaaten, durch innerstaatliche Organisation eine effektive Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sicherzustellen. Dazu gehört auch die Regelung des Informationsaustausches der eigenen staatlichen Behörden.

Zum anderen kann die FIU in Deutschland bereits jetzt bestimmte Daten der Finanzverwaltung anlassbezogen zur Durchführung von operativen Analysen einschließlich der Bewertung von Geldwäscheverdachtsmeldungen bzw. sonstigen Informationen sowie inhaltlich beschränkt auf bestimmte Grunddaten (z. B. Steuernummer, Gewerbekennzahl und Umsatzsteuer-Identifikationsnummer) im automatisierten Verfahren abrufen. Diese objektiven Parameter erlauben eine (auch interne) Kontrolle der automatisierten Abrufe. Weitergehende Daten können von Seiten der Finanzbehörde der FIU nach Prüfung der entsprechenden Voraussetzungen bekannt gegeben werden. Der von der vorgeschlagenen Richtlinie vorgesehene sofortige und direkte Zugang zu Finanzdaten ohne weitere Einschränkungen würde eine Verletzung des Steuergeheimnisses und damit eine Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts bedeuten, das nicht nur in Deutschland, sondern auch im europäischen Recht Grundrechtscharakter hat. Das Steuergeheimnis hat die Funktion eines Ausgleichs für die umfassenden Offenbarungs- und Mitwirkungspflichten, die Steuerpflichtige zu erfüllen haben. Eine sofortige und direkte Zugriffsmöglichkeit der FIU auf geschützte Daten ohne konkreten Anlass sowie ohne objektive Kontrollmöglichkeit ist verfassungsrechtlich nicht zu rechtfertigen. Vor allem auch deshalb, weil kein Nachweis vorliegt, dass die bisherigen Informationsbeschaffungsmöglichkeiten der FIU zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung in Deutschland nicht ausreichend sind.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 26.10.2021 **Drucksache** 18/**18547**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 18/**18483**

Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die von den Mitgliedstaaten einzurichtenden Mechanismen zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung und zur Aufhebung der Richtlinie (EU) 2015/849
COM(2021) 423 final
BR-Drs. 740/21

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Dr. Franz Rieger**
Mitberichterstatter: **Florian Siekmann**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen (§ 83b Abs. 1 BayLT-GeschO). Eine Mitberatung durch andere Fachausschüsse ist nicht erfolgt.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 26. Oktober 2021 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Zustimmung
SPD:	Ablehnung
FDP:	Zustimmung

Zustimmung empfohlen.

Tobias Gotthardt
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 27.10.2021 **Drucksache** 18/**18653**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Dr. Franz Rieger, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber CSU**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die von den Mitgliedstaaten einzurichtenden Mechanismen zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung und zur Aufhebung der Richtlinie (EU) 2015/849
COM(2021) 423 final
BR-Drs. 740/21

Drs. 18/**18483**, 18/**18547**

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die von den Mitgliedstaaten einzurichtenden Mechanismen zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung und zur Aufhebung der Richtlinie (EU) 2015/849, COM(2021) 423 final, BR-Drs. 740/21, Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrates auf die Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden.

Im Einzelnen:

Zwar erfordert die effiziente Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung grundsätzlich einen EU-weiten Ansatz sowie effektive Maßnahmen, gegen den Vorschlag der Kommission bestehen jedoch erhebliche Bedenken:

Soweit die vorgeschlagene Richtlinie vorsieht, dass geldwäschespezifische staatliche Aufsichtsbehörden über Selbstverwaltungseinrichtungen/Kammern eingerichtet werden müssen, verletzt dies die Kompetenzen der Mitgliedstaaten. Es obliegt den Mitgliedstaaten, die effektive Aufsicht über die Selbstverwaltungseinrichtung/Kammern zu regeln. Bereichsspezifische Sonderregelungen für das Geldwäscherecht sind nicht systemkonform und nicht erforderlich.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

In Deutschland sind die Kammern (z. B. die Rechtsanwalts- und Steuerberaterkammern) als Selbstverwaltungseinrichtung mit der geldwäscherechtlichen Aufsicht über ihre Mitglieder betraut. Die Kammern wiederum unterliegen in Deutschland bereits der umfassenden Rechtsaufsicht des Staates. Eine bereichsspezifische Überlagerung dieser Staatsaufsicht durch weitere, gesonderte EU-Vorgaben greift in die Organisationshoheit der Mitgliedstaaten ein und ist nicht gerechtfertigt. Zumal sich die geldwäscherechtliche Aufsicht in Deutschland – entgegen den Annahmen des Richtlinienentwurfs – als engmaschig und wirkungsvoll erweist.

Auf diese Thematik hat der Bayerische Landtag bereits am 21. Oktober 2020 in seiner Stellungnahme zur Mitteilung der Kommission zu einem Aktionsplan für eine umfassende Politik der Union zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, COM(2020) 2800 final, BR-Drs. 325/20, hingewiesen (LT-Drs. 18/10801).

Soweit die vorgeschlagene Richtlinie darüber hinaus eine erweiterte Zugangsberechtigung der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (FIU) auf Steuerdaten einfordert, verletzt sie ebenfalls die Organisationshoheit der Mitgliedstaaten und ist mit dem Grundrechtsschutz des deutschen Grundgesetzes sowie des Art. 8 der EU-Grundrechtecharta nicht vereinbar.

Es obliegt zum einen den Mitgliedstaaten, durch innerstaatliche Organisation eine effektive Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sicherzustellen. Dazu gehört auch die Regelung des Informationsaustausches der eigenen staatlichen Behörden.

Zum anderen kann die FIU in Deutschland bereits jetzt bestimmte Daten der Finanzverwaltung anlassbezogen zur Durchführung von operativen Analysen einschließlich der Bewertung von Geldwäscheverdachtsmeldungen bzw. sonstigen Informationen sowie inhaltlich beschränkt auf bestimmte Grunddaten (z. B. Steuernummer, Gewerbekennzahl und Umsatzsteuer-Identifikationsnummer) im automatisierten Verfahren abrufen. Diese objektiven Parameter erlauben eine (auch interne) Kontrolle der automatisierten Abrufe. Weitergehende Daten können von Seiten der Finanzbehörde der FIU nach Prüfung der entsprechenden Voraussetzungen bekannt gegeben werden. Der von der vorgeschlagenen Richtlinie vorgesehene sofortige und direkte Zugang zu Finanzdaten ohne weitere Einschränkungen würde eine Verletzung des Steuergeheimnisses und damit eine Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts bedeuten, das nicht nur in Deutschland, sondern auch im europäischen Recht Grundrechtscharakter hat. Das Steuergeheimnis hat die Funktion eines Ausgleichs für die umfassenden Offenbarungs- und Mitwirkungspflichten, die Steuerpflichtige zu erfüllen haben. Eine sofortige und direkte Zugriffsmöglichkeit der FIU auf geschützte Daten ohne konkreten Anlass sowie ohne objektive Kontrollmöglichkeit ist verfassungsrechtlich nicht zu rechtfertigen. Vor allem auch deshalb, weil kein Nachweis vorliegt, dass die bisherigen Informationsbeschaffungsmöglichkeiten der FIU zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung in Deutschland nicht ausreichend sind.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten, Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und der AfD. Fraktionslose sehe ich heute keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten, Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Josef Zellmeier, Alexander König u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Subsidiarität
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems für Zwecke der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung
COM(2021) 420 final
BR-Drs. 739/21
Drs. 18/18482, 18/18546

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	Z

2. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die von den Mitgliedstaaten einzurichtenden Mechanismen zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung und zur Aufhebung der Richtlinie (EU) 2015/849
COM(2021) 423 final
BR-Drs. 740/21
Drs. 18/18483, 18/18547

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	Z

3. ggf. weitere Subsidiaritätsangelegenheiten

Es liegen keine weiteren Susidiaritätsangelegenheiten vor.

Verfassungsstreitigkeiten

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 13. September 2021 (Vf. 49-VII-21) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Satzung über die Gestaltung der unbebauten Flächen der bebauten Grundstücke, Einfriedungen und die Begrünung baulicher Anlagen in der Stadt Regensburg (Freiflächengestaltungssatzung – FGS) der Stadt Regensburg vom 3. Februar 2020 (ABI Nr. 7)
PII-G1310.21-0017
Drs. 18/18513 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

5. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts - Zweiter Senat - vom 4. August 2021 (2 BvR 917/20 und 2 BvR 314/21) betreffend
1. Verfassungsbeschwerde gegen
a) den Beschluss des Bayerischen Obersten Landesgerichts vom 30. April 2020 – 204 StObWs 47/20 –,
b) den Beschluss des Landgerichts Regensburg – auswärtige Strafvollstreckungskammer bei dem Amtsgericht Straubing – vom 9. Dezember 2019 – SR StVK 804/19 –
– 2 BvR 917/20 –
2. Verfassungsbeschwerde gegen
a) den Beschluss des Bayerischen Obersten Landesgerichts vom 8. Januar 2021 – 203 StObWs 386/20 –,
b) den Beschluss des Bayerischen Obersten Landesgerichts vom 17. November 2020 – 203 StObWs 386/20 –,
c) den Beschluss des Landgerichts Regensburg vom 19. August 2020 – SR StVK 484/20 –,
d) den Bescheid der Justizvollzugsanstalt Straubing vom 9. Juni 2020 – 2 C - 182/2015 –
– 2 BvR 314/21 –
PII-G1320.21
Drs. 18/18516 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag gibt im Verfahren keine Stellungnahme ab.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	A

Anträge

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kinder mit Behinderung wirksam vor Gewalt schützen: Gefährdungslage wissenschaftlich erfassen
Drs. 18/15964, 18/18397 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP), Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Bayerischen Rettungsschirm für therapeutische Einrichtungen der Kinder und Jugendlichen mit Behinderung aufsetzen!
Drs. 18/15977, 18/18412 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Potenzial der Kindertagespflege ausschöpfen: Rahmenbedingungen strukturiert erfassen!
Drs. 18/16290, 18/18398 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt VI – Würdevolle und wertschätzende Behandlung der Opfer von rechten Terroranschlägen durch die für Hilfsleistungen zuständigen Behörden
Drs. 18/16515, 18/18399 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kinderbetreuungsstudie Bayern: Fachkräftebedarf und Lösungswege aus dem eklatanten Personalmangel
Drs. 18/16526, 18/18404 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	A	Z

11. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Markus Rinderspacher, Florian von Brunn u.a. SPD
Solarcarports in Bayern
Drs. 18/16538, 18/18499 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Folgen von COVID-19: Versorgung verbessern, Beratung stärken, Wissenstransfer sichern
Drs. 18/16541, 18/18464 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Eric Beißwenger, Sandro Kirchner u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Social Entrepreneurship sichtbar machen und unterstützen
Drs. 18/16543, 18/18509 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Potenzial in der Gastronomie freisetzen – Arbeit auf Abruf für Gastronomen und Beschäftigte erleichtern
Drs. 18/16552, 18/18510 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	Z

15. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Mit Nächstenliebe Kinderwunsch erfüllen
Drs. 18/16570, 18/18465 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Potenzial in der Gastronomie freisetzen – Flexible Wochenarbeitszeit einführen
Drs. 18/16574, 18/18511 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	A	A	Z

17. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Michael Busch u.a. SPD
Erstattung pandemiebedingter Nebenkosten für alle sozialen Träger in Bayern
Drs. 18/16603, 18/18405 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Michael Busch u.a. SPD
Öffnung der Förderrichtlinie SeLA für aufsuchende Seniorenarbeit
Drs. 18/16604, 18/18406 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Keine Förderung schwimmender PV-Anlagen – Gewässerökologie und Landschaftsbild nicht der Energiewende opfern
Drs. 18/16669, 18/18500 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

20. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Beteiligung von Abgeordneten des Landtags an der Arbeit des Bündnisses für frühkindliche Bildung
Drs. 18/16726, 18/18407 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	A	Z

21. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Kindertagespflege in die Arbeit des Bündnisses für frühkindliche Bildung einbeziehen
Drs. 18/16727, 18/18408 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

22. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Elternbeteiligung im Bündnis für frühkindliche Bildung stärken
Drs. 18/16728, 18/18409 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Jugend und Subkultur nicht in die Illegalität drängen – Unbestuhlte Veranstaltungen im Außenbereich erlauben und Öffnungsstrategie für unbestuhlte Musikveranstaltungen in Innenräumen gemeinsam mit den Betroffenen entwickeln
Drs. 18/16785, 18/18422 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Florian Ritter, Klaus Adelt u.a. SPD
Für eine Interessenvertretung auf Augenhöhe: Stärkung der Personalvertretungen in Bayern
Drs. 18/16820, 18/18164 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

25. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Doris Rauscher, Michael Busch u.a. SPD
Der Start muss gelingen – Erst- und Zweitklässler besonders unterstützen
Drs. 18/16821, 18/18456 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

26. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Michael Busch u.a. SPD
Seniorenbeauftragte in den Kommunen fördern!
Drs. 18/16835, 18/18410 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	A

27. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Michael Busch u.a. SPD
Problemlagen erkennen und bekämpfen – Anhörung zur Situation der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern
Drs. 18/16837, 18/18455 (E) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

28. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Erfahrungsbericht über die modellhafte Einführung der Mini-Kita
Drs. 18/16845, 18/18411 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Gerd Mannes, Franz Bergmüller u.a. und Fraktion (AfD)
Stabile Altersvorsorge sichern –
BayernFonds in einen kapitalgedeckten Staatsfonds umwandeln
Drs. 18/16869, 18/18512 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerisch-Tschechische Zusammenarbeit I – Parlamentarische Partnerschaft und Regierungszusammenarbeit auf neue Ebene heben
Drs. 18/16880, 18/18367 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerisch-Tschechische Zusammenarbeit II –
Kulturelle und wirtschaftliche Chancen der Grenzregion nutzen, Sprachoffensive starten
Drs. 18/16881, 18/18368 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerisch-Tschechische Zusammenarbeit III –
Grünes Band zum interkulturellen Ort der Begegnung und gemeinsamen Umweltschutzprojekt entwickeln
Drs. 18/16882, 18/18369 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerisch-Tschechische Zusammenarbeit IV –
Studie zum Kooperationspotential im Gesundheitssektor
Drs. 18/16883, 18/18370 (A)

Antrag der AfD-Fraktion und der FDP-Fraktion
Votum des mitberatenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerisch-Tschechische Zusammenarbeit V –
Hochschulkooperation ausweiten
Drs. 18/16884, 18/18371 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

35. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerisch-Tschechische Zusammenarbeit VI –
Lagebericht über finanzielle Förderung
Drs. 18/16885, 18/18372 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

36. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
BayernFonds und Bayerische Finanzagentur I
Drs. 18/16917, 18/18514 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

37. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
BayernFonds und Bayerische Finanzagentur II
Drs. 18/16918, 18/18515 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

38. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Palliativ- und Hospizversorgung verbessern I: Palliativbeauftragte als Regelleistung der gesetzlichen Krankenversicherung
Drs. 18/16925, 18/18466 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

39. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Palliativ- und Hospizversorgung verbessern II: Ambulante palliative Versorgungsstrukturen evaluieren
Drs. 18/16926, 18/18467 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

40. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Palliativ- und Hospizversorgung verbessern III: Regionale Vernetzung fördern
Drs. 18/16927, 18/18468 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

41. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Integrierte Lehrerreserve an Realschulen und Gymnasien ab dem Schuljahr 2021/2022 dauerhaft aufstocken
Drs. 18/17056, 18/18457 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

42. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Arif Taşdelen, Florian Ritter u.a. SPD
Sommerferien nutzen – Schulen jetzt pandemiefest machen!
Drs. 18/17057, 18/18458 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	ENTH	Z	Z

43. Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Hopp, Dr. Franz Rieger, Alexander König u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Impulse für die bayerisch-tschechische Freundschaft in und nach der Pandemie
Drs. 18/17058, 18/18373 (ENTH)

Antrag der AfD-Fraktion
Votum des mitberatenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	ENTH	Z	Z

44. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Konzept, Ausschreibungs- und Vergabefahren Reichsparteitagsgelände und Rundbausegment Kongresshalle
Drs. 18/17059, 18/18459 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

45. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesundheitskarte für Asylbewerberinnen und -bewerber einführen
Drs. 18/17063, 18/18212 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

46. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fitness- und Gesundheitszustand im Schulsport erfassen
Drs. 18/17065, 18/18460 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

47. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über künftige Nutzung der Hans-Albers-Villa durch TUM, vertraglich gesicherte Nutzungsmöglichkeit für Kulturverein Garatshausen und öffentliche Zugänglichkeit der Parkanlage
Drs. 18/17067, 18/18492 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z

48. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Lehrkräfte mit Flucht- und Migrationshintergrund gewinnen
Drs. 18/17068, 18/18461 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

49. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u.a. CSU
Heuschnupfen – Prävention ausbauen – Betroffene unterstützen
Drs. 18/17085, 18/18469 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

50. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Musische Gymnasien in Bayern stärken – Wertschätzung für junge Musikerinnen und Musiker zum Ausdruck bringen
Drs. 18/17090, 18/18462 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

51. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u.a. CSU
Sektoren überwinden – Rechtsgrundlage für sektorenverbindende Versorgung schaffen
Drs. 18/17190, 18/18470 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

52. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Bericht zu Sicherheitslücken im Videokonferenztool Visavid
Drs. 18/17193, 18/18463 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

53. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Arif Taşdelen u.a. SPD
Einheitliche Weisungen zum Schutz des Kindeswohls während und nach Asylverfahren
Drs. 18/17208, 18/18213 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

54. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Arif Taşdelen u.a. SPD
Das Kindeswohl von Geflüchteten während und nach der Coronapandemie stärker in den Fokus rücken!
Drs. 18/17210, 18/18214 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

55. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Arif Taşdelen u.a. SPD
Studie zum Kindeswohl geflüchteter Kinder, Jugendlicher und Heranwachsender im Asylverfahren
Drs. 18/17212, 18/18215 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

56. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayerns Bevölkerung vor Grippe schützen:
Arztpraxen bei Grippeimpfungen unterstützen –
Jetzt vorsorgen für die Grippesaison 2021/2022
Drs. 18/17215, 18/18471 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

57. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Arif Taşdelen u.a. SPD
Programm zur Aufnahme von geflüchteten Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden
Drs. 18/17223, 18/18216 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

58. Antrag der Abgeordneten Wolfgang Fackler, Prof. Dr. Winfried Bausback, Volker Bauer u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für ein modernes Personalvertretungsrecht in Bayern
Drs. 18/17866, 18/18168 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	ENTH	Z	Z